

# Korrespondent

## für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießler

58. Jahrg.

Abonnementpreis: Vierteljährlich 65 Pf., monatlich 22 Pf., ohne Postbefreiung. Nur Postbezug. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 8. Juli 1920

Einzelheftpreis: Vereins-, Fortbildungs-, Arbeitsmarkt- und Todesanzeigen 20 Pf., die übrigen alleinstellenden: 30 Pf., Kauf-, Verkaufs- und alle sonstigen Reklameanzeigen 60 Pf. die Zeile. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 74

### Sozial-wirtschaftlicher Rundblick

Wie mit dem Artikel „Rundherum“ in Nr. 72, so handelt es sich auch in diesen Ausführungen um Nachholungsarbeit von den langen, schweren Generalversammlungen her. Das stoffliche Gebiet hat viele Verzweigungspunkte miteinander. Die vorgenommene Abgrenzung ist aber doch angebracht.

Wer könnte noch daran zweifeln, daß wir in der Zeit der Gewerkschaften leben, wenn man jetzt liest, daß die Bürgermeister in der Pfalz mit Befristung bis 1. Juli eine Neugefaltung ihrer Dienstverträge unter Formulierung genauer Bedingungen forderten und bei Nichterfüllung mit Rücktritt drohten. Wenn der nun zum Abschluß gekommene Streik der Ärzteorganisation mit dem Krankenkassenverband eine ganz neue Kampfform für das Durchdringen besserer Arbeitsbedingungen enthält? Wenn in England sich ein Verband der Geistlichen gebildet hat, der unter Berufung auf die viel besseren Einkommensverhältnisse der Pfaffen, Erzbischofen, Bauratgeber usw. eine angemessenere Gehaltsregulierung verlangt und mit diesen seinen Wünschen gleich an das Parlament geht? Oder wenn aus Rußland die Kunde kommt, daß die Gewerkschaften dort auf einem Kongreß von dem bolschewistischen Überfließen als der unentbehrlichsten Organisationskörper für das neue Rußland bezeichnet worden sind, nachdem sie unter der Räteherrschaft eine Zeitlang heftig gekämpft waren, die Betriebsräte als die überragendere Form der Arbeiterorganisation gegolten hatten und die Buchdrucker im speziellen als „rückständig“ drangsalieren wurden? (Siehe „Kor.“ Jahrg. 1918 Nr. 18: „Ein Nachruf der russischen Buchdrucker.“) Es ist die Entwicklung der bolschewistischen Regierungsmethoden eben nicht gerade leicht gewesen. Man hat in manchem zurückgegriffen und dadurch eine Läuterung erreicht, die im ferneren den Gewerkschaften zugute gekommen ist. Auf die einfachste Formel gebracht: Die Einseitigkeit verlor ihre extremsten Seiten und die Politik „Mit dem Kopfe durch die Wand“ machte mehr einer Anpassung an die Realität der Dinge Platz.

Bei uns in Deutschland mit dem ins Kolossale wachsenden Gewerkschaftstum sollten eigentlich Experimente mit den oder gar gegen die Gewerkschaften weit eher als in Rußland zu den erledigten Sachen gehören. Daß dem doch nicht so ist, konnte auch in den letzten Wochen wieder wahrgenommen werden. Die Gelben machen sich wieder mächtiger. Sie waren bekanntlich von der Bildfläche verschwunden, denn die Gewerkschaftszentrale hatte bei den Vorberhandlungen über die Gründung der Zentralarbeitsgemeinschaft im Jahre 1918 der Unternehmerpartei die Abgabe an die gelben Gewerkschaften als Vorbedingung gestellt. Den Gegenpol dieser ehrsüchtigen Junks gibt die Mitte September 1919 in Düsseldorf aus einem bunten Gemisch von kommunistischen, syndikalistischen und sozialistischen Sondergruppen zusammengelegte Freie Arbeiterunion ab, die nach Industriegruppen gegliederte Föderation führt. Von den alten größeren Richtungen: Christlich-Sozialistische Gewerkschaften und christliche Gewerkschaften, sind die erstere das stille Organisationsgebilde geblieben, während die Christlichen seit den Tagen der Revolution nicht nur nichts eingebüßt haben, sondern eher noch reger geworden sind. Die Überhöhung, die der Parteienkrieg in den Gewerkschaften hervorgerufen hat, kommt ihnen sehr zustatten. Wenn die freien Gewerkschaften und Angestelltenorganisationen die ihnen auch von den ganz Großen des Proletariats, Bebel und Marx, gepriesene Enttarnung von Parteipolitik nicht mehr als das Gebot gefälliger Stellungnahme gegenüber dem Unternehmertum betrachten, dann werden die christlichen Gewerkschaften in verschiedenen Ecken Deutschlands an Ausgängen für die Mitglieder kräftig sparen können. Eine Auffassung, die man auf unserer Nürnberger Generalversammlung öfter noch gesprochen hätte als vom Rednerpulte herab hören konnte als auch für uns Buchdrucker nicht unbedenklich.

Die christlichen Gewerkschaften gehen den freien in allen Organisationserweiterungen oder Neuerungen immer nach. Der Gründung des Graphischen Bundes folgte z. B. gleich die eines christlichen Graphischen Industrieverbands. Am 23. und 24. Juni d. J. hat man nun in Berlin eine Internationale der christlichen Verbände in der graphischen Industrie geschaffen. Von Holland sind zwei und von Deutschland ebenfalls zwei christliche Organisationen, aus der Schweiz und Belgien je eine Organisation angeschlossen. In Holland wird die Zentralfstelle errichtet werden.

Bedenklicher als diese Erscheinungen dünkt uns aber doch der um die Betriebsräte gehende Streit. Was man in Rußland hinter sich hat und was mit der nun unbestrittenen Vorherrschaft der Gewerkschaften endigte, das hat in Berlin in den letzten Wochen noch Vorgänge gezeigt, die in Deutschland eine Klärung viel weniger vorgeschritten erkennen lassen. Es ist im Rahmen dieses Artikels nicht möglich, auf diese höchst wichtigen Auseinandersetzungen näher einzugehen. Wenn das auch wohl bald geschehen kann, so soll hier doch gesagt werden, daß das dauernde Bestehen von mehreren Betriebsrätezentralen nichts anders sein würde als eine Wiederholung der fruchtlosen Zersplitterung der politischen Arbeiterbewegung. Wer aus dem vergangenen Jahre noch die Debatten in den Versammlungen der Berliner Arbeiterräte über die Gewerkschaftsfrage kennt, wird der Ansicht sein müssen, daß sich noch nicht allzuviel geändert hat, wenn man die folgenden Wortstücke um die Betriebsräte und ihre Zusammenfassung verfolgt. In kommunistischen Kreisen hat der Ruf: „Heraus aus den Gewerkschaften!“ sowie das Eintreten für die Betriebsräteorganisation an Zugkraft wohl eingebüßt. Manches andre Schlagwort ist auch im nachbarlichen Anbau von der Tagesordnung verschwunden. Aber bis zu der Formel, daß durch die Unterstellung der Betriebsräte den Gewerkschaften (wie wir es im November v. J. schon für die graphischen Betriebsräte zu den graphischen Kartellen und zum Graphischen Bunde gefordert haben) viel gespart wird an materiellen Aufwendungen, an organisatorischer Energieverwendung und ungemein gewonnen wird durch Entfallung eines schließlichen Gleichmaches — so weit ist man noch lange nicht. Wer die Enttarnung der Betriebsrätezentrale in Halle a. d. S. kennt, ihre Entwicklung und Verlegung nach Berlin verfolgt hat, und der Stellungnahme der Zentrale der Betriebsräte zur Gewerkschaftsfrage auf der Reichskonferenz am 24./25. Oktober 1919 sich noch zu erinnern weiß, der muß sich sagen, daß der Gewerkschaftsbund noch manche Widerstände zu überwinden haben wird in der Organisationsfrage der Betriebsräte. Däumig, Richard Müller, Malzahn — kurzweg die Betriebsrätezentrale in der Berliner Münzstraße — sind von dem Standpunkte der Selbstständigkeit der Betriebsräteorganisation schwer abzubringen. Sieht man genau hin, dann spukt jene Reichskonferenz mit dem nachstehenden einen Passus ihrer Erklärung zur Gewerkschaftsfrage immer noch herum:

Das Proletariat Deutschlands hat sich Partei- und Gewerkschaftsorganisationen geschaffen. Diese standen mehr oder weniger auf dem Boden des Klassenkampfes, soweit es sozialistische Partei- oder freigewerkschaftliche Organisationen waren. Infolge der als Folgeerscheinung des Weltkrieges und einer politischen Revolution geschaffenen wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse und des dadurch bedingten und immer nachdrücklicheren Endkampfes können diese Organisationen allein nicht mehr genügen. Vielmehr muß über diese Organisationen ein Räteinstitut gebildet werden, das, ohne zunächst die bestehenden Kampforganisationen der Arbeiter zu beseitigen, alle Kräfte des werktätigen Volkes sowohl zu einer Kampfsorganisation zur Erämpfung des Sozialismus vereinigt, wie auch gleichzeitige alle Vorbereitungen zur Übernahme der kapitalistischen Wirtschaft und der Überleitung zum sozialistischen Gemeinwesen treffen muß und sich dann selbst zu einem das ganze Volkswirtschaftsleben kreuzenden Organismus fortbildet.

Die „Freiheit“ in Berlin wie auch die „Leipziger Volkszeitung“ haben sich damals sofort im politischen Teil in größeren Artikeln gegen einen solchen Standpunkt ge-

wandt und die Opposition im Metallarbeiterverbande hat die Erklärung von Halle gerade in diesem Punkt abgelehnt! Die „L. V.“ nahm sich besonders die Expropriation von Partei und Gewerkschaft vor und betonte, das Räteinstitut habe die Zerküftung der Arbeiterkraft nicht verringert. Man hat seitdem von der Halleischen programmatischen Erklärung nicht viel gehört, aber sie wird wohl jetzt noch im Grunde genommen das Glaubensbekenntnis der Rätepropheten in der Münzstraße sein. Was vorausgehend am 22. und 23. August v. J. in Halle a. d. S. die Konferenz der revolutionären Betriebsräte Deutschlands resolved hatte, war nur ein schwacher Aufstoß dazu. In der ersten Augushälfte von 1919 hat auf der außerordentlichen Landesversammlung der sächsischen Unabhängigen der Referent über das Räteinstitut, Redakteur Seger von der „Leipziger Volkszeitung“, dem Überschwange gewehrt, indem er erklärte, die Partei habe schon im März ihre Stellung zum Räteinstitut klipp und klar festgelegt; man solle nun mit der Konklusion, die mit dem Rätegedanken getrieben werde, endlich ein Ende machen. Das „Korrespondenzblatt“ des Gewerkschaftsbundes hat aber am 19. Juni d. J. noch deutlich werden müssen: „Wir warnen die Berliner Rätepolitiker nochmals ernstlich, die ruhige Gewerkschaftsarbeit durch ihre Sonderbestrebungen zu durchkreuzen.“ Das war sogar an die Adresse der Berliner Gewerkschaftskommission gerichtet. Der letzte Kongreß der auf gewerkschaftlichem Boden stehenden Betriebsräte wird wohl mehr Klarheit schaffen. Da auch seit dem vergangenen Jahre schon eine Rätepresse existiert: „Rätezeitung“, „Der Arbeiterrat“, „Kommunistische Rätekorrespondenz“ und vielleicht andre noch, wozu nun jetzt das Betriebsräteorgan des Gewerkschaftsbundes gekommen ist (das Leipziger Gewerkschaftskartell gibt seit Monaten eine eigene Rätezeitung heraus), so kann man nur um so mehr verlangen: Fort mit dieser Kräftezerstückelung, her mit der Einheitlichkeit der Betriebsräteorganisation!

Gegenüber dem Bestehen von drei Betriebsrätezentralen liefert der am 18. Juni in Berlin perfekt gewordene Zusammenschluß zu einem Zentralauschusse der Unternehmerverbände allerdings weit überzeugender das Bild einer Einheitsfront des Unternehmertums. Dieser Zentralauschuss bezweckt die geschlossene Wahrnehmung der gemeinsamen wirtschaftspolitischen Interessen der deutschen Arbeitnehmerschaft und die einheitliche Abwehr aller gegen sie gerichteten Bestrebungen. Dem Zentralauschusse gehören vorberhand an: Reichsausschuss der deutschen Landwirtschaft, Reichsverband der deutschen Land- und forstwirtschaftlichen Arbeitgebervereinigungen, Reichsverband der deutschen Industrie, Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände, Reichsverband des deutschen Handwerks, Sanlabund für Gewerbe, Handel und Industrie, Zentralverband des deutschen Großhandels, Vereinigung der Arbeitgeberverbände des Großhandels, Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels, Zentralverband des deutschen Bank- und Bankiergewerbes, Reichsverband der Bankleitungen, Arbeitgeberverband deutscher Versicherungsunternehmen, Zentralfstelle für das deutsche Transport- und Verkehrsgewerbe. Da hätte man ja alle Zentralvereinigungen von Unternehmerorganisationen nochmals unter einen Hut gebracht! Hat die Arbeiterkraft von diesem zwingenden Anschauungsunterrichte gar nichts zu lernen?

Das Unternehmertum hat ebenfalls seine inneren Zerwürfnisse. Es kommt dort auch zu Abspaltungen, wie es das Vorhandensein von drei Zeitungsgewerkschaften beweist, wie es noch zu einer Zweiteilung auch bei der Prinzipalität kommen kann. Der Arbeitgeberverband für das Buchdruckgewerbe unter Reismann-Gronow Zepher scheint ja durch den Krieg, der mit den Tarifabräumigen vollends aufgeräumt hat, ausgelöscht worden zu sein. Jedoch die nach den Tarifauschüßtagungen im März und im Mai vorgenommenen Austritte aus dem Deutschen Buchdruckerbunde, namentlich in Berlin, wie das in der „Buchdruckerwoche“ und in der „Zollkritik“ geführte Quell-Winkler-Dilo über die Erdoischung der Prin-

„Kaisertum im Mai sind ernstliche Symptome mehr aufkommender Schärferkrankheit. Wie es in dem 2477. Mißverhältnis der Kaiserinmutter besteht, so kann man sagen, die von der Prinzipalsität beabsichtigten Maßnahmen über die Vertragsgemeinschaft haben fortgesetzt eine Stimmung erzeugt, daß sich kurz oder lang die Kräfte in der Kaiserinorganik kampflos ist. Die Buchhändler haben sich einen Zielstreif errungen, aber ihre Unternehmungskraft hat Erschöpfung angenommen. Inzwischen. Die in den Druckereien dominierende Hauptorganisation ist gerade die der Arbeiterkassen sehr an unzugänglichsten sich zeigende Aspiration. Die vom Mai an gehende Besteuerungszulagenbewegung hat für die Hauptkräfte wohl immer noch keine definitive Regelung erfahren; in Berlin hat in der letzten Zeit Streikausbruch mehrmals gedroht. Jedoch, es ist etwas anderes, wenn einmal auf Unternehmungskraft getreten wird — mit dem Willen zu Unternehmungskraftverbänden hat es zudem eine andere Bewandnis, da meistens nur eine Kartellierung der bestehenden Organisationen erfolgt —, zum gemeinsamen Schließen findet man sich drüben aber viel schneller zusammen.

Die Arbeitslosigkeit nimmt so rasche Ausbreitung, daß beschränkt werden muß, die gegebenen Möglichkeiten zur Arbeitsbeschaffung durch die Demobilisationsvorkehrungen sind nicht einmal auf Arbeiterseite genügende Beachtung. Es muß daher immer wieder gefordert werden: Verkürzung der Arbeitszeit bis auf 24 Stunden herunter und dann erst Entlassungen. Keine Überarbeit bzw. Ausweitung, daß die gewerbliche oder geschäftlichen wöchentlichen Arbeitsstunden doch nicht übersteigert werden. Übrigens sollen die Betriebsräte sich immer erst vergewissern, ob nicht etwa künstliches Zurückhalten von den Arbeitsstellen geschieht. Man hat da in untern Großdruckereien schon manche Schließung aufdecken können. Durch die nur so hagernden Zeitungsverbote seitens der Befehlshaberbehörden im Westen — ein Westbader Blatt soll sogar zwei Jahre lang nicht erscheinen — wird die Lage bei uns noch sehr verschärft. Diese Überenscherel hat gerade noch gefehlt! Im neuen Reichsarbeitsgesetz ist durch eine Interpellation die Frage der Betriebslosigkeit angestellt worden. Zweifellos wird damit viel Ansehen geschaffen. Gerade bislang sehr gut verdienende Unternehmergruppen gehen damit rücksichtslos vor. Sie müssen ebenso rücksichtslos zum Weiterarbeitenlassen gezwungen werden! Wenn der dem Reichstage kürzlich zugegangene Gesetzentwurf zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit irgendwelchen praktischen Zweck haben soll, dann kann es nur geschehen, wenn dem Unternehmerzettel auf die Finger gesehen wird. Mit der Zusammenfassung aller Arbeitsvermittlungsinstitutionen ist noch nichts getan. Allerdings bildet eine Geländung untes Reichslebens das größte Erfordernis. Die letzte wirtschaftliche Krise hat ja in der Regelmäßigkeit der Produktion ihre Hauptursache.

„Reichsarbeitsministerliche Weisung“ nannte sich eine zu Ende Juni durch die Presse gehende Note, mit der Schlichte sich von seinen Sünden reinwaschen wollte, nachdem er durch das Ausbleiben der Regierungskoalition nicht mehr in die Lage kommen kann, sich die Arbeiterkassen zu kompromittieren. Wie gehören nicht zu den Leuten, die von einem Arbeiter auf dem Ministerstuhl erwarten oder gar verlangen, er habe absolut nichts anderes zu tun, als einseitig Arbeiterinteressen wahrzunehmen. Was Mosche und Schlichte — keine nicht minder — jedoch vielmals getan haben, war jene Objektivität, bei der die Arbeiter zu kurz kommen. Schlichte loogenerlei Beichte bezog sich in zwei Punkten auf Buchdruckerangelegenheiten. Er soll doch von seiner bekannten Antwort an den Deutschen Buchdruckerverein nicht behaupten wollen, daß sie buchhabenmäßig mit dem Wortlaute der Demobilisationsvorkehrungen nicht irgendwelche in Einklang zu bringen ist! Das kann ja nicht bestritten werden. Aber es ist doch etwas anderes, wenn Schlichte der geschickt gestellten Anfrage eine so gegen die Arbeiterkassen auslegungsfähige Antwort erteilen konnte, anstatt versprechen zu geben, daß er diesen Schließungsversuch durchschneide. Die weitere Erklärung, er habe bei den Streitigkeiten der Buchdrucker nicht in die sachliche Erleuchtung eingegriffen, hätte noch viel eher unterbleiben können. Im März war es vielmehr so, daß unsere Vertreter not hatten, sich so Stellung bei Schlichte zu verschaffen, wie es vorausgehend die Prinzipale zu tun verstanden. Man hatte den Eindruck, als ob Schlichte als nomineller Inhaber einer Gewerkschaftsdruckerlei mehr Verstand als die Lage der Prinzipale als für die Not der Buchdrucker gebilligt gelte. Das konnte sogar aus gewissen Aufzeichnungen geschlossen werden. Es ist wahrhaftig nicht die Schuld der Buchdrucker, wenn es schon eine ständige Notensart geworden war: „Ganz Schlichte!“ Die Hinterlassenschaft des Schlichteordnungsentwurfs ist ja auch „ganz Schlichte!“ Schlichte hat sich mit seiner Erklärung in der Presse selbst einen letzten Dienst erwiesen.

Auf den letzten Ernährungsminister Hermes muß die Arbeiterkassen auch ein Charles Hugo senken. Während die bayerischen Landwirte unter Führung des legendarischen Bauernführers Soler in anfallender Weise gegen weitere

Verfeuerung der Lebensmittel aufstehen und sogar mit dem Abbau beginnen wollen, geht der agrarische Zentrumsmann Hermes mit der offenkundigen Preis- und Anreizpolitik konform. Öffentlich läßt er einige Töne vernehmen, die einen gewissen Ansehens annehmen lassen könnten, in seiner Amtsführung aber geht er andre Wege. Da soll der Getreidepreis um 55 Proz. erhöht werden, und die Abfertigungs- und Frachtdruckprämien (im vergangenen Jahre mehr als 3,5 Milliarden Mark betragend) verleihe er gar eigenmächtig als Preisbegaben an die unerlässlichen Agrarier. Das Spiel ist auch schon kräftig in die Höhe gedreht worden. Wenn der Mann aus den Steuerungsmaßnahmen nur diese bedenklichen Konsequenzen zu ziehen vermag, dann muß seine Uhr als Ernährungsminister schnell abgelaufen sein. Was die Calmerischen Monatsheften besagen, ist die schärfste Warnung, die Dinge auf dem Lebensmittelpreissektore lediglich nach den Preisinteressen der Landwirte und Händler treiben zu lassen.

Der Steuerabzug hat die Gemüter in den jüngsten Wochen zur Siedehitze gebracht. Erzberger, der sich als wahres Steuergenie entpuppte, bescherte uns wunderbare Steuererschönlungen auf dem Papiere. Wie er allen Geldleuten und einnahmenschweren Unternehmern den schönsten Mammon vor der Nase weggauerte, erschien als eine Fortsetzung. Die großen und die kleinen Kapitalisten schämten vor Wut, denn dieser Finanzminister vom Zentrum trieb es ja koller als der draußgängerische Sozialistengesichtsdiktator sozialdemokratischen Geblüts. Erzberger war auf einmal der bestgehobte Mann in Deutschland. Hellreich erstand dem armen Kapitalistenstock als rettender Engel und führte den suchenden Matthias in die Grube. Aber bald hatte man weg, wie dem Steuerfiskus ein großes Schnippchen zu schlagen ist. Genau so, wie es vordem mit der Kriegsgewinnsteuer gemacht wurde und wie der zuwartende Staat durch die großen Vermögensverschiebungen nach dem Ausland um riefenhafte Steuererträge betrogen wurde, so durchkreuzten die ophelischen „armen Reichen“ mit alterhand Mandatieren die angeblich so scharfe, ja reiflose genannte Erfassung des Kapitals. Am liebsten treibt es der unternehmungsgierigste Stimmes. Es ist ganz unglücklich, welche Unannehmlichkeiten in neuen Unternehmungen anlegt; bekanntlich hat er es in ausgedehntem Maß auf die käufliche Erwerbung der deutschen Presse abgesehen. Andre Schwerindustrie haben es ihm in dieser „Kulturarbeit“ nachgetan. Die mittleren und unteren Schichten der geringverdienenden Kapitalisten wollen auch sehr gut, wie sie sich dem Steuerentnehmer entziehen können. Auf dem neulich in Leipzig abgehaltenen demokratischen Parteitag hat man denn auch offen ausgesprochen, daß die neue Steuererhebung die bestehenden Kräfte nur ganz schonend ansah. Wo aber fest zugepackt wird, wo die reiflose Erfassung durch die Steuer nicht nur auf dem Papiere steht, das ist wieder, genau wie in militärischer Zeit, ganz unten. Der Arbeiter, Ungeliefte und Beamte wird trotz der zutreffenden Abzüge (siehe den Silberbergischen Artikel über die neue Einkommensteuer in der Beilage zu Nr. 47) mit seinem Einkommen in der Tat reiflos erfasst. Die neue Einkommensteuer bedeutet ja eine große Verunsicherung und in ihrer Theorie, die Steuer gleich „an der Quelle“ zu erheben, durch einen mit 10 Proz. erst beginnenden Abzug von Lohn und Gehalt, der das Geld der Weisen. Die Fälle sind aber nicht nur zu hoch, sondern diese Methode ist auch eine große Ungerechtigkeit, weil nicht aus dem Einkommen der Unternehmer und Kapitalisten „an der Quelle“ erhebt werden kann. Nun ist durch eine Verordnung aus dem Handgelenk auf einmal ein viel früherer Erhebungsbeginn (25. Juni) festgelegt worden. Die Unklarheit war grenzenlos. Die Wirkung der Erzbergerischen „Steuergerechtigkeit“ wurde auf einmal augenfällig. Der „gerechte Steuerabzug“ hat schon die blödsinnigsten Auslegungen zustande gebracht. So wurden am 25. Juni bei der Spruchkammer des Oberverwaltungsamts in Berlin den Arbeiterbeiträgen 10 Proz. von den 18 Mk. betragenden Mieten in Abzug gebracht, während die Unternehmerbeiträge den vollen Betrag ausgezahlt erhielten. So etwas schreibt doch zum Himmel. Bei den schmalen Lohn- und Gehaltszahlungen hat es böse Aufreize gegeben. Entweder sind Abzüge gar nicht vorgenommen worden oder nur beiderseitig mit Vorbehalt. Von verschiedenen Städten sind Generalstreikandrohungen gekommen; die Lebensmittelketten immer noch, die Unternehmer aber wollen keine weiteren Lohnrückführungen gewähren, dazu nun diese überkritischen Lohnabzüge usw., so lauteten die Einwände. Wie da wohl, wie früher manchmal in Unternehmungskreisen mit den Verbringungsbeiträgen umgesprungen wurde, wird bei diesen sehr viel größeren Summen auch noch zu andern Gedanken gelangt. Mehrere Parteien haben mehr oder weniger ernstgemeint Anfragen an den Reichstag gestellt, den § 45 des Einkommensteuergesetzes schärflich abzuändern. Der Reichsfinanzminister hat darauf schon erklärt, der Steuerabzug könne nicht aufgehoben werden und die Sache schmachvoller zu machen versucht. Auch er behauptet wie der Reichskanzler Schröder bereits in seiner Programmrede, von einer Steuerabgabe

ja doch abzusehen. Es wäre allerdings unverantwortlich, den Arbeitern usw. einzureden, sie brauchen bei weitem nicht so hohe Steuern zu bezahlen. Die Kriegsfolgen im eigenen Land und die den Fremden von Versailles, die doch auch die radikalsten Arbeiterkreise rasch abgefeilt wissen wollten, wahrhaftig nicht zu milderer Durchführbarkeit bringen die Wiedergutmachungskommission der Entente widersprechen mit unerklärlicher Härte nennenswerten Steuererleichterungen. Selbst in den Städten, wo die beiden sozialdemokratischen Parteien die Mehrheit in der Gemeinderverwaltung haben, mußten doch bis jetzt schon recht drückende Steuererhöhungen beschlossen werden, weil man keinen andern Ausweg zu finden vermochte. Was aber gestanden muß, ist der Methode der Steuererhöhung „an der Quelle“ ihren durchaus ungetreuen Charakter zu nehmen. Die Reichen dürfen nicht wieder befreit werden als die Armen, die in allem noch härter bestraft sind. Hat man einen Kapitalfehler bei der Steuererhebung gemacht, so muß er doch ausgeglichen werden können. Man muß der Arbeiterkassen nicht noch zu, die Steuererhöhung der stehenden ruhig anzusehen!

## □ □ □ □ Korrespondenzen □ □ □ □

Frankfurt a. M. (Schriftleiter.) In der Versammlung am 21. Juni gab Kollege Vogel einen Bericht von den Verhandlungen zwecks Erhöhung der Steuerzulagen in Berlin. Redner schilderte ausführlich den Gang der Verhandlungen, die schließlich scheiterten. Es wurde dann das Reichsarbeitsamt angerufen. Vorheriger Tage verlas hierauf den Schiedspruch, der leider nicht das gebracht habe, was wir erhofften. In der anschließenden Diskussion wurden von allen Rednern die minimalen Aufbesserungen einer scharfen Kritik unterzogen. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: „Die am 21. Juni tagende Versammlung des Schriftleitervereins in Frankfurt a. M. nimmt von den zwischen dem Vorläufigen Ausschuss des Vereins Deutscher Schriftleiter und der Zentralkommission der Schriftleiter Deutschlands auf Grund des Schiedspruchs vereinbarten Sätzen Kenntnis, und bedauert deren außerordentliche Minderwertigkeit. Sie stimmt den Sätzen nur unter dem Vorbehalt zu, daß auch die Doppelgelder dieselbe Erhöhung erhalten wie die gelehrten Arbeiter, und daß die Abmachungen nur bis zum 31. August Geltung haben. Auch wurde von der Versammlung die nächste Berichterstattung seitens der Zentralkommission beantragt. Die Frankfurter Kollegenschaft hofft, daß es nur dieses Hinweises bedarf, um eine Besserung herbeizuführen. Nach einigen geschäftlichen Mitteilungen schloß der Vorsitzende die gütlichste Versammlung.“

Hamburg. (Maschinenheer.) In der Monatsversammlung am 30. Mai, deren Besuch Scheidemanns Abreise in Hamburg beeinträchtigte, wurde nach Begrüßung zweier aus dem Kollegenkreis zurückgekehrter Kollegen Kenntnis davon gegeben, daß sich die hiesigen holländischen Kollegen von Hamburg losrücken und einen besonderen Verein bilden werden. Einer Forderung Wilsdorfs betreffs Abschaffung der Sonntagsarbeit plätschete die Versammlung unter Betonung der dafür maßgeblichen idealen Gründe bei. Dem Kaiserer wurde nach gegebenem Klassenbericht Entlohnung erteilt. Anschließend hielt Kollege Krug einen interessanten, mit dankbarer Aufmerksamkeit entgegengenommenen Vortrag über „Schrauben- und Schraubenzieherbesitzungen“.

Wien. In der Versammlung am 5. Juni nahm Kenntnis von dem Resultat der Wahl zur Generalversammlung und besprach dann ein Zirkular des Gewerkschafts, das sich mit der Beschaffung von Delegierten zum Saugsaug befaßt. Nach Neuannahme eines Kollegen wurde berichtet, daß die neue Steuerzulage in den hiesigen Druckereien nicht nur für Gehilfen, sondern auch für Hilfsarbeiter und Beihilfsgehalt zur Einführung kam. Obwohl man mit der Höhe der Zulage nicht zufrieden war und besonders das Verhalten der Prinzipale scharf kritisierte, wußte man den Gehilfenvertretern Dank, die die Forderungen der Gehilfen durchzubringen verstanden. Nur dem Umstand, daß auch die Wiener Kollegen sich als treue Anhänger der Tarifgemeinschaft welter beizuliegen wollen, hielt sie vor weiteren Schritten zurück. In letzter Zeit konnten die Kollegen Sinke und Seewald auf eine 25prozentige Verdandungsgebühr zurückblicken. Vorsitzender Scholz beschloß, die Kollegen, die besonders die rege Tätigkeit der Jubilare für die Organisation hervor und überreichte ihnen ein Geldgeschenk. Der Bemühungen untes Vorsitzenden ist es zu verdanken, daß nun endlich ein längst beghegter Wunsch, die Errichtung einer Fachschule für Zeichnen, in Erfüllung geht. Der Unterricht wurde bereits am 7. Juni eröffnet. Als Fachlehrer ist Kollege Wenke vorgesehen; ihm zur Seite stehen die Kollegen Sinke, Seewald und Wolf. Zunächst soll der Unterricht außerhalb der Fortbildungsinstitutionen gegeben werden. Da das neue Unternehmensebene Selbstmittel ist, werden hoffentlich die Prinzipale zu gegebener Zeit zu viel Einstöß haben, selbige zu unterstützen, weil sie in erster Linie die Vorteile der Schule genießen werden.

Magdeburg. In der Versammlung am 1. Juni gab Kollege Borchert einen Bericht über die herrschende Arbeitslosigkeit und deren Ursachen im Gewerbe. Eine Erklärung über die Preisgestaltung des Papiers und der übrigen Materialien verdrängte sich zu einer Eingabe an das Reichsarbeitsministerium, in welcher vor allen

Singen die Sozialisierung des Kohlenbergbaues und der Papierzeugung gefordert wurde. Wenn nun seit einiger Zeit die Prinzipale den Papierwucher zu bekämpfen suchen, so schließen sich die Geschäfte diesem Bestreben an, da ja nur durch eine Herabsetzung der Papierpreise eine Beseitigung des Gewerbes erfolgen kann. Als Neues ist zu berichten, daß jetzt zum Teil verkürzt gearbeitet werden soll und auch schon wird, um Entlassungen vorzubringen. Zur Begründung wird meistens der Preispaß angeführt, daß das Betriebskapital zur Neige gehe und große Personale nicht mehr beschafft werden könnten. Für derartige Begründungen hatten die Verwaltungen natürlich kein Verständnis und gaben nachstehender Resolution ihre Zustimmung: „Die heute tagende Versammlung erhebt schärfsten Protest gegen das Verhalten der hiesigen Buchdruckereibesitzer. Die Arbeitslosigkeit beträgt schon fast 15 Proz. und sind die zu andern Berufen übergetretenen Geschäfte hierbei nicht miteingezählt. Eine weitere steigende Arbeitslosigkeit bildet eine große Gefahr für das Volksganze. Wenn aber auch die Buchdruckereibesitzer wünschen, daß die Volkswirtschaft gesunde, so müssen sie andere Wege einschlagen, als stets Entlassungen vorzunehmen.“

**H. Mannheim.** (Mittelrheinischer Maschinenlehrerverein. — Salzbadberich.) Eine rege Tätigkeit hat unsere Vereinigung im abgelaufenen Halbjahr entfaltet. Neben bedeutenden Vorträgen wurde in unsern Versammlungen besonders das „Technische“ gepflegt. Die erste vom neugewählten Bezirksvorsitzenden Goldmann einberufene Bezirksversammlung fand am 18. Februar statt, in welcher Kollege Porzig einen Vortrag über „Die Beschreibung der deutschen Sprache“ hielt. Unter „Technischem“ schloß sich eine anregende Diskussion über die Heizkaminanlagen und die auf den Markt gebrachten Heizapparate an. Einen besonderen Lichtblick brachte dann die am 22. Februar hier abgehaltene neunte ordentliche Hauptversammlung der Mittelrheinischen Maschinenlehrervereinigung, die Kollege Philipp für den erkrankten Vorsitzenden Groß leitete. Aus dem Gau waren 17 Delegierte anwesend sowie je ein Vertreter vom Gau- und Bezirksvorstand. Der Geschäfts- und Kassenbericht gab Kollege Scherf. Sein Bericht erstreckte sich über sieben Jahre, denn die achte Hauptversammlung fand am 13. Februar 1913 in Heidelberg statt. Durch 20 wurden wieder zehn Kollegen entlassen, 28 Kollegen fielen auf dem Schlachtfeld. Der Mittelberichtsband war am 1. Juli 1914 326, sank im Jahre 1915 auf 99 und lag von da ab bis zum Schlusse des Jahres 1919 wieder auf 234. Außerst reichhaltig war die Tagesordnung, und neben der Aussprache über den Spartenkongress und die Verbandsgeneralversammlung fanden die Anträge zur Beratung. Die Wahl zum Hauptvorsitzenden fiel einstimmig auf Kollegen Philipp. Sehr interessante Vorträge brachten dann die Bezirksversammlungen vom 28. März und 8. Mai. In ersterer sprach Kollege Dunkel über „Die Behütung von Sitzungen an der Einspeise“, in letzterer Kollege W. G. Eichhorn über „Die Kunst von gestern und heute“ und Kollege Rannert über „Schwammmetall und seine Behandlung“. Eine Quartalsversammlung für die Bezirke Mannheim und Heidelberg am 20. Juni vereinigte eine größere Anzahl Kollegen in Heidelberg. Vorsitzender Philipp erstattete eingehend Bericht über den Dritten Deutschen Maschinenlehrerkongress und erzielte damit den lebhaftesten Dank der aufmerksamsten Zuhörer. Der die Versammlung beherrschende Geist vereinigte sich auf eine aus der Versammlung hervorgegangene Resolution, die zum Ausdruck bringt, daß die Versammlung die Beschlüsse des Kongresses aufhebt und von der Verbandsgeneralversammlung die Erfüllung der Maschinenlehrerwünsche erhofft. Den Schluß bildete eine Besprechung der neuesten Erfindungen auf dem Schwammmetallmarkt durch den Vorsitzenden. — Der sonnenklare Nachmittag wurde von den Kollegen zu einem Spaziergange in das romantische Neckartal benutzt.

□ □ □ Rundschau □ □ □

**Buchdrucker in öffentlichen Diensten.** In Bremen wurde Kollege S. Nuthorn durch Nachfolge als Geschäftsführer berufen.

**Zur Konzentration der Arbeiterorganisationen im graphischen Gewerbe.** Mit dem 1. Juli ist der Notenscheingewerksverband nach 43jähriger selbständiger Wirksamkeit in den Zentralverband der Lithographen und Stein-drucker übergetreten. Die „Graphische Presse“ schreibt zu diesem Anlaß: „Nicht Allerschwäche oder Lebensmüdigkeit veranlaßt den Notenscheingewerksverband sein Leben zu beschließen, sondern die klare Erkenntnis der Entwickelung der Dinge und die sich daraus ergebenden Folgerungen sind es, die ihn an unsere Seite führen. Die Konzentration auf wirtschaftlichen Gebiete, die gerade in den letzten Wochen so offensichtlich zutage traten, daß sie auch den Inbillerentem zum Nachdenken veranlaßten, insbesondere die Konzentration auf dem Gebiete des Pressewesens, zwingen die Arbeiterschaft dazu, sich ebenfalls fester und enger zusammenzuschließen, um so der zunehmenden Macht des Unternehmertums ein Paroli zu bieten.“

**Rechtsverbindlichkeit graphischer Lohnverträge.** Der dritte Nachtrag zu dem allgemein verbindlichen Tarifvertrage vom 31. Mai 1919 zur Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen im deutschen Lithographie- und Stein-druckergewerbe ist für den Bereich des und des ganzen Tarifgebietes des genannten Tarifvertrags nach § 2 der Verordnung vom 23. Dezember 1918 (Reichsgesetzblatt Seite 1459) für allgemein verbindlich erklärt worden. Das gleiche gilt für den Normtarifvertrag.

**Max Külinger †.** Am 4. Juli ist in Grob-Tena Professor Max Külinger im Alter von 63 Jahren an Herz-Kreislauferleiden gestorben. Mit diesem Mann ist ein graphischer Künstler ersten Ranges aus dem Leben geschieden, dem es beschieden war, einen kühnen Kampf um Selbstwert und Selbstrecht der deutschen Graphik mit eigenartiger persönlicher Charakteristik durchzuführen. Er ist mit Richard Wagner und Emil Böcklin auf eine Stufe zu stellen, nur mit dem Unterschied, daß er nicht dem graphischen Kunstgewerbe persönlich und schüßlerisch viel enger verbunden war. Seine Federzeichnungen und Radierungen sind Meisterwerke graphischer Bildkunst, die in ihren charakteristischen Eigenheiten greifbar wie technisch jeden aufwärtsstrebenden Graphiker erfreuen und zu seiner eignen Fortbildung begeistern. Aber nicht nur die Graphik schuldet diesem Künstler ein unerschütterliches ehrendes Gedenken, sondern auch die gesamte deutsche Arbeiterschaft. Denn ein großer Teil seiner künstlerischen Schöpfungen, besonders aus den achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts sind Krönungen eines tiefen Mitlebens und Mitleidens der sozialen Not und des Bekämpfungskampfes des arbeitenden Volkes. Seine bildlichen Darstellungen der „Märkämpfe“, des „Barrikadensturms“ usw. fallen die Volk des harten Kampfes aus Oelen von „unten auf“ in überwältigender Weise durch einzig dastehende Wirkungen der Schwarzweißkunst an das Menschengefühl appellieren. Die gesamte deutsche Arbeiterschaft wird daher mit hoher idealer Dankbarkeit dieses Mannes und wahren Künstlers selbst dann noch gedenken, wenn andre Kreise ihn schon längst vergessen haben werden.

**Offene Stelle für Arbeitervertreter.** Für das neuzugrundende Arbeitersekretariat in Sondershausen wird ein durchaus organisatorisch und agitorisch befähigter Sekretär gesucht. Bemerkungen mit Lebenslauf, Aufsatze über die Aufgaben eines Arbeitersekretärs und Gehaltsansprüchen, lang bis 15. Juli an den Kartellvorsitzenden Emil Kämpf, Rande Straße 7, zu richten.

**Der deutsche Arbeitsmarkt im Mai 1920.** Nach dem letzten erschienenen „Arbeitsarbeitsblatt“ (Nr. 6) hat sich die neue wirtschaftliche Krise, deren erste Anzeichen sich bereits im März ankündigten, im Mai in besorgniserregender Weise weiter verschärft. Die Föhberwertung der Mark an den Weltbörsen hat sich im allgemeinen behauptet, hat die Preise für deutsche Waren den Weltmarktpreisen angelehnt, den Auslandsmarkt für deutsche Erzeugnisse nahezu verschlossen und im Inlande die Künstlermassen, deren Kaufkraft ohnehin fast erschöpft war, zu einer spekultativen Zurückhaltung veranlaßt. Die Folge ist, daß in sämtlichen Industrie- und Auslands- und Inlands- und Betriebsbeschränkungen und Stilllegungen immer mehr um sich greifen. Am schwersten betroffen sind die Lederindustrie, die Möbelindustrie und die Konfektion, an deren Hauptstandorten die Erwerbslosigkeit am stärksten gewachsen ist. Die Ausgehenden sind äußerst unglücklich, wenn es nicht gelingt, durch die leitenden der Regierung eingeleiteten, bisher in erster Linie auf Verhinderung weiterer Kohlenpreissteigerungen zielenden Maßnahmen den Preisrückgang in einem organischen Preisabbau überzuwältigen. Die Statistik von 31 Arbeiterorganisationen mit insgesamt 523366 Mitgliedern stellt 141049 = 27 Proz. arbeitslose Mitglieder fest; im April verzeichneten 34 Organisationen eine Arbeitslosigkeit von 2 Proz. Die Kerlarbeiter hatten im Mai 6,2 (3,6), die Holzarbeiter 3,2 (1,2), die Bauarbeiter 2,3 (1,9), Fabrikarbeiter 2,1 (1,6), Metallarbeiter 1,8 (1,2), Transportarbeiter 1,7 (1,5), Gemeindev- und Staatsarbeiter 1,4 (1,2), die Buchdrucker 2,8 (2,8) Proz. Arbeitslose. Die Arbeitsnachweise verzeichnen ebenfalls eine weitere Zunahme der Stellungsuchenden. Auf je 100 offene Stellen kamen im Mai 177 männliche Arbeitsuchende und 103 weibliche, gegen 167 bzw. 91 im April und 162 bzw. 83 im März dieses Jahres. Die Zahl der aus öffentlichen Mitteln unterstützten Erwerbslosen zeigt nach den Berichten der Demobilisierungskommission einen Rückgang von 292326 am 1. Mai auf 271961 am 1. Juni, was jedoch in der Hauptsache auf die neueren einschränkenden Bestimmungen für die Gewährung der öffentlichen Erwerbslosenunterstützung zurückzuführen ist.

**Die Kosten der Lebenshaltung in Leipzig.** Die unsere Kosten aus früheren statistischen Zusammenfassungen der Kosten der Lebenshaltung (vgl. u. a. Nr. 49 des „Korr.“) bekannnten Erhebungen des statistischen Amtes der Stadt Leipzig von Dr. Friedrich Lüdtorf sind inzwischen ebenfalls fortgeführt worden. Erfassungserweise sind nunmehr nicht nur die Ausgaben für Lebensmittel, sondern auch sonstige wichtige Ausgabenposten in Betracht gezogen, und zwar jene für Kleider, Schuhe, Wäsche, Genussmittel, Körperpflege, Steuern, Wohnung usw. Dadurch ergibt sich eine Gesamtgröße, die ungefähr das Mindestmaß des Geldbedarfs für eine Familie von zwei Erwachsenen und drei Kindern für den Zeitraum von drei Wochen darstellt. Dieser Geldbedarf belief sich für Leipzig:

Jahr 1920	Ma.	Juni.
vom 2. Mai bis 30. Mai auf 1933	333	333
" 10. " " 6. Juni " 1907	"	327
" 17. " " 13. " 1904	"	326
" 24. " " 20. " 1900	"	325
" 31. " " 27. " 1893	"	321

Merkwürdigerweise kann sich der Herausgeber dieser Statistik auch diesmal wieder nicht von einer gewissen Tendenz freimachen, die darauf schließen läßt, daß ihm die Konsequenzen seiner Sachverhalte persönlich sehr un bequem zu sein scheinen. Es stellt nämlich fest, daß trotz der hohen Preise für rationierte Lebensmittel, deren Abnahme bis auf die Markeclade fast restlos erfolgte, und daß bei Preis der Bezug nur um etwa 10000 Markfraktionen hinter der Normalmenge zurückblieb. Dr. Lüdtorf scheint sich persönlich über die Ursachen dieser Erscheinungen nicht recht

klar werden zu können. Seine Kommentierungen laßen vermuten, daß er in der fast völligen Abnahme der leeren rationierten Lebensmittel einen Beweis für das tatsächliche Vorhandensein genügender Geldmittel erblickt. Er scheint kein Verständnis dafür zu besitzen, daß die übergroße Mehrzahl der Arbeiterauszahlungen den größten Teil der rationierten Lebensmittel unbedingt haben muß, wenn deren Glieder überhaupt noch arbeiten und lebensfähig bleiben wollen, und daß sie dementsprechend eben die „übrigen“ Ausgaben oder Bedürfnisse reduzieren müssen. Wieviel zunehmende Verendung der Haushaltungen dahinter verborgen liegt, scheint Dr. Lüdtorf nicht einmal zu ahnen; er ist daher auch nicht in der Lage, bei Beurteilung seiner statistischen Feststellungen dieses Gland berücksichtigen zu können. Der Statistiker scheint hier vor jeder psychologischen oder sozialen Ader frei zu sein. Sahr-lange Beobachtung hat uns übrigens solche Einseitigkeit in Wirtschaft- und Kulturfragen als Leipziger Spezialität im allgemeinen erkennen lassen; daß dies nun auch noch statistisch unterfunden wird, wäre lediglich als Oradmesser dieses Milieus zu beurteilen und kann als Entschuldigung für diese Art statistischer Kommentierungen dienen.

**Das Internationale Arbeitsamt des Völkerverbundes.** Das Internationale Arbeitsamt des Völkerverbundes wird demnach die im Friedensvertrage von Versailles vorgesehene Zeitschrift herauszugeben, und zwar zunächst in englischer und französischer Sprache. Einen Bericht über seine bisherige Tätigkeit will das neue Amt ebenfalls demnach veröffentlichen. Besonders Aufmerksamkeit wird zur Zeit neben der Bearbeitung von Seemannsfragen den landwirtschaftlichen Problemen und dem Volksweltus zu widmen. Der Leiter des Internationalen Arbeitsamts, Albert Thomas, wird in allgemeinen Organisationsfragen unterstützt durch den stellvertretenden Direktor S. B. Butler und M. Ramerich als Privatsekretär. Durch persönliche Eühlungnahme mit den Regierungen und den maßgebenden Organisationen sucht Thomas die Durchführung der Washingtoner Konventionen zu fördern. In Deutschland ist er in amtlicher Eigenschaft bereits zweimal gewesen, am 15. April in Saarbrücken und am 6. und 7. Mai in Berlin. Die Saarbrücker Verhandlungen mit Vertretern der Unternehmer und der Arbeiter waren nicht frei von Mißständen. Politische und Massengegenstände prallten heftig aufeinander. Singsen verliefen die Berliner Besprechungen mit dem Vorsitzenden des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes Legien und dem Reichsarbeitsminister Schlichte nicht unglücklich. Von allgemeinem Interesse ist die Erklärung, die Thomas einem Mitarbeiter des „Vorwärts“ über das Verhältnis des Internationalen Arbeitsamts zu Deutschland gab: „Deutschland gehört dem Internationalen Arbeitsamt seit der Washingtoner Beschlüssen als vollberechtigtes Mitglied an — ganz unabhängig von der Entscheidung über die Aufnahme Deutschlands in den Völkerverbund.“ Das Internationale Arbeitsamt hat seinen Sitz in London, wird aber voraussichtlich Ende Juni nach Genf überziehen.

**Gestorben**

- In Zeitz am 5. Juni der Buchdrucker Hans Eichl 20 Jahre alt, in Bremen am 10. Juni der Buchdruckereibesitzer Ludwig Brotsch aus Hamburg, 38 Jahre alt.
- In Bremerhaven der Seher Ernst Bedung, 61 Jahre alt.
- In Breslau der Seher Alfred Tacksch von dort, 19 Jahre alt — beim Baden ertrunken; für tot erklärt der seit 1915 vermählte Seher Max Schneider II aus Wm, 28 Jahre alt.
- In Burgum am 17. Mai der Maschinenlehrer Richard Allem aus Gork I, 51 Jahre alt — Schwindstich.
- In Bangs am 11. Juni der Seher Heinrich Tacksch, 67 Jahre alt.
- In Darmstadt der Buchdruckereibesitzer Georg Gansl.
- In Gießen am 1. Juni der Buchdruckereibesitzer Karl Effe, 57 Jahre alt.
- In Hellenen b. Wittenfeld am 12. Juni der Seher Alfred Hansmann aus Döbbschau I, Schl., 26 Jahre alt.
- In Hamburg v. d. S., am 23. Juni der Seher Karl Erk, 66 Jahre alt — Magenkrebs.
- In Köln am 31. Mai der Buchdruckereibesitzer Robert Neumann-Pöfer, 59 Jahre alt.
- In Kitzberg i. Pr. am 26. Mai der Druckerinvalide Rudolf Eiser, 86 Jahre alt.
- In Leipzig am 15. Juni der Seher Kurt Corland aus Leipzig-Neustadt, 50 Jahre alt.

**Briefkasten**

H. W. in M.: Das kommt ganz auf den Stoff an und ob dieser auch zeitgemäß behandelt wird. Für Reminiscenzen hat die vorwärts drängende Gegenwart nicht genügend Geduld; wir möchten also lieber etwas ablesen. — G. J. G. in B.: Wir bitten um Ihren Beitrag zwecks mündlicher Ausprägung. — G. B. in Bielefeld: Nur unter Umständen möglich, in veränderter Form. — G. W. in A.: Vollständig Ihrer Meinung. Frd. Grub. — S. J. in Hildesheim: 3,20 Mh. — G. B. in Wismars: 3,20 Mh. — G. G. in Wiegeln: 3,20 Mh.

□ □ □ **Verbandsnachrichten** □ □ □

Verbandsbureau: Berlin SW 29, Chamissostr. 511. Geschäftsführer: Almi Kurfürst, Nr. 1191.

**Bekanntmachung**

Wir erlauben die verehrlichen Vorstände, den Termin für die Einleitung der Statistikarbeiten über die Arbeitslosigkeit im II. Quartal 1920: 12. Juli 1920, pünktlich anzuhalten. Spätere Eintragung können unter keinen Umständen mehr berücksichtigt werden. Da in einigen zur Verfertigung verpflichteten Betriebsstellen die Funktionen wiederholt gewechselt haben, so richten wir das bringende Ergehen an die verehrlichen Gewerkschaften, die betreffenden Stellen auf ihre Verpflichtung zur Einreichung der Statistikarbeiten hinzuweisen. Die Karten müssen auch dann eingereicht werden, wenn Arbeitslose am Orte nicht vorhanden waren. Nach einer Vereinbarung des Präsidenten des Statistischen Reichsamts mit dem Reichsgewerkschaftsbund werden die gelben Bescheinigungen fortgesetzt, letztere aber an höherer Stelle als dem landwirtschaftlichen Gewerbe „Arbeitslose“ bezeichnet.

